

	SPD ⁱ	Die Grünen ⁱⁱ	CDU ⁱⁱⁱ	Die Linke ^{iv}
Arbeit				
Ausbildung	<p>Ausbildungsgarantie zum Ausbildungsjahr 2015/2016 (S. 10); Jugendberufsagentur (S. 10); Zahl der ausbildenden Betriebe erhöhen und Berufsschulen mit ausreichend Personal und Finanzmitteln ausstatten (S. 11); Zusammenarbeit mit den Partner der „Bremer Vereinbarung für Ausbildung und Fachkräftesicherung“ fortführen (S. 11); Ausbildungsbetriebe bei der Auftragsvergabe besonders berücksichtigen (S.11); Mehr Teilzeitausbildungen zur Verfügung stellen (S. 11); Zahl der Ausbildungsabbrüche verringern (S. 11); Studienabbrechern der Übergang in Ausbildung erleichtern (S.11); Ausweitung der externen Prüfung (S. 12);</p>	<p>Einrichtung von Jugendberufsagentur (S. 27); Kleine und mittlere Unternehmen als Ausbildungsbetriebe werben und unterstützen; Ausbildungspartnerschaften unterstützen (S. 41); Mehr Ausbildungsmöglichkeiten in Teilzeit (S. 42); Ausbildungsgarantie (S. 42);</p>	<p>Berufsorientierungsunterricht verbessern, Praxistage in Betrieben und Berufswahl-Praktika (S. 5); Gleiche gesellschaftliche Anerkennung vom Studium und beruflicher Bildung (S. 6); Berufsschulen stärken (S. 23); Ausbildungs- und Lehrstellenbörsen, Berufseinstiegsbegleiter an den Schulen (S. 23); Stärkere Nutzung der praxisnahen Einstiegsqualifizierung bei berufsvorbereitenden Maßnahmen (S. 23); Jugendberufsagentur einrichten und Beratungs- und Konfliktschlichtungs-angebote bei drohenden Ausbildungsabbrüchen (S. 23); Nachträglicher Erwerb eines Berufsabschlusses über Teilqualifikationen, Ausbildung oder Umschulung (S. 24); Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote in Teilzeit für Alleinerziehende (S. 24);</p>	<p>Rechtsanspruch auf qualifizierte Ausbildung (S. 33); Ausbau außerbetrieblicher Ausbildungsplätze (S. 33); Ausbildungsumlage (S. 34); Mindestausbildungsvergütung von vorerst 750 Euro (S. 35); Förderung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche mit sozialen und bildungspolitischen Benachteiligungen durch sozialpädagogische Begleitung und Zuschüsse für Betriebe (S. 35); Keine Förderung von Schmalspuren ausbildungen wie Assistenzberufen (S. 35); Teilzeitausbildung (S. 37); Organisation der Berufsausbildung durch Ausschüsse von Gewerkschaften, Berufsschulen und Unternehmerverbänden (S. 47); Aufnahme in die Berufsfachschulen unabhängig vom Notendurchschnitt (S. 47); Fachlich orientierte inhaltliche Schwerpunktsetzung in den Berufsfachschulen (S. 47); Entwicklung von hochwertigen berufsschulischen Bildungsangeboten (S. 47);</p>

				Durchlässigkeit zwischen allen Bildungsgängen nach der 10. Klasse (S. 47); Berufsfachschulen unterstützen, höherwertige Bildungsabschlüsse anzubieten (S. 47);
Weiterbildung	Verdopplung der Quote der Studienanfänger über den zweiten Bildungsweg bis Ende der 19. Legislaturperiode (S. 11); Mehr Studiengänge berufsbegleitend oder in Teilzeit (S. 11); Ausbau des Angebots von Lernzeitkonten; Errichtung eines gemeinsamen Weiterbildungsfonds (S. 11); Anteil von Teilzeitbeschäftigten, Leiharbeitnehmern, gering Qualifizierten und älteren Menschen an der betrieblichen Weiterbildung erhöhen (S. 11);	Durch bessere Absicherung mehr Planungssicherheit (S. 31); Allgemeine und politische Bildung; Alphabetisierung und Grundbildung (S. 31); Menschen mit begrenzten Ressourcen im Blick (S. 31); Berufliche mit betrieblicher Weiterbildung verknüpfen (S. 31); Bildungsbotschafter (S. 31); Erhöhung des Förderanteils in der öffentlich finanzierten Weiterbildung (S. 32); Bildungsurlaub aufwerten (S. 32);	Zusammenarbeit zwischen arbeitsmarktpolitischer Akteuren bei der Bildungszielplanung und Ausgestaltung der Weiterbildungsmaßnahmen verbessern (S. 24);	-
Arbeitsmarkt-förderung	Arbeitsmarktförderung auf abschlussbezogene Qualifizierungsmaßnahmen ausrichten (S. 12); Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung (S. 12); Aktivierung passiver Leistungen (S. 12); Einsetzen, dass Instrumente der Arbeitsförderung mit Qualifizierungsmaßnahmen verbunden werden (S. 12); Bessere Beratung von	Wiedereinstieg von Frauen in den Beruf durch besondere Programme (S. 42); Sozialer Arbeitsmarkt (S. 43); Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Fördergelder (S. 43); Neuausrichtung der Joboffensive (S. 43); Umwandlung des JC in zkt prüfen (S. 43);	Abschlussbezogene, am Bedarf orientierte Qualifizierungsmaßnahmen; Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte und Menschen mit Vermittlungshemmnissen (S. 24); Einsetzen, dass die nicht verbrauchten Eingliederungsmittel auf das Folgejahr übertragen werden (S. 24);	Land Bremen soll mehr Einfluss auf JC ausüben (S. 8); Öffentlich geförderte Beschäftigung – sozialversicherungspflichtig und existenzsichernd, auch im Rahmen von sozialen Stadtteilprojekten (S. 27); Joboffensive beenden (S. 28); Rückfluss von Fördermitteln verhindern (S. 28); BAP umgestalten; 500 sozialversicherte Stellen zur

	<p>Langzeitarbeitslosen (S. 12); Erfahrungen aus der Joboffensive auswerten und besseren Betreuungsschlüssel sicherstellen (S. 12); Kurzarbeit (S. 12); Individuelle Beratung zu Wiedereinstig in den Beruf der Frauen nach Kindererziehung (S. 28);</p>		<p>„Sozialer Arbeitsmarkt“ mit gemeinwohlorientierten Beschäftigungsverhältnissen für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen (S. 34);</p>	<p>Stärkung der sozialen Infrastruktur (S. 28); Unabhängige Beschwerdestelle mit Einspruchsrecht gegen Akten vom JC einrichten (S. 27);</p>
Zugang zum Arbeitsmarkt	<p>Anerkennung ausländischer Abschlüsse (S. 12); Berufsbezogene sowie Sprachkurse im Betrieb (S.12); Abschaffung der Vorrangsprüfung bei Asylbewerbern und Flüchtlingen (S. 13); Anonymisierte Bewerbungsverfahren prüfen (S. 13); Einrichtung einer Beratungsstelle für mobile europäische Arbeitnehmer (S. 15);</p>	<p>Abschaffung des AsylbLG (S. 45); Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Nachqualifizierungsmaßnahmen (S. 66); Förderung der Berufssprache Deutsch (S. 66);</p>	<p>Ausbau der Angebote zum allgemeinen und berufsbezogenen Spracherwerb (S. 23); Anerkennung ausländischer Abschlüsse (S. 24); Mentorenprogramm für Zuwanderer auflegen in Zusammenarbeit mit den Kammern und finanziert von ESF (S. 25); Fortsetzung des Projekts Nachqualifizierung zur Vorbereitung auf eine Externenprüfung (S. 25); Unterstützung des frühzeitigen Spracherwerbs und des unbürokratischen Zugangs zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für Flüchtlinge (S. 34);</p>	<p>Abschaffung des AsylbLG (S. 9); Gleichberechtigter Zugang zum Arbeitsmarkt für Migranten (S. 42, 54); Anonymisierte Bewerbungsverfahren (S. 55); Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Ausbildungen (S. 55); Nachqualifizierungen kostenfrei machen (S. 55); Verabschiedung eines Integrations- und Partizipationsgesetzes (S. 55); Abschaffung von Arbeitsverboten und Beschränkungen beim Arbeitsmarktzugang (S. 58);</p>

<p>Atypische Beschäftigungsformen</p>	<p>Einsetzen, dass Mini-Jobs abgeschafft werden, dass Leiharbeit beschränkt wird und dass Missbrauch mit Werkverträgen bekämpft wird (S. 13); Ausweitung der Regelungen des TtVG auf den Sozial- und Gesundheitssektor, bessere Kontrolle der Vergaben nach dem TtVG, Tarifbindung fördern (S. 14-5); Scheinselbstständigkeit bekämpfen (S. 15); Arbeitsbedingungen kirchlicher Arbeitnehmer verbessern (S. 15);</p>	<p>-</p>	<p>Flexible Beschäftigungsformen können als Sprungbrett in ein Normalarbeitsverhältnis fungieren (S. 24);</p>	<p>Unternehmen mit Leiharbeitsquote über 20% von der Wirtschaftsförderung ausschließen (S. 26); Einsetzen für mehr Zuständigkeiten von Betriebsräten bezüglich Werkverträgen (S. 26); Aufstockung der Gewerbeaufsicht (S. 28); Abbau von prekären Beschäftigungen und Leiharbeit (S. 41);</p>
<p>Mindestlohn</p>	<p>Am Bremischen Mindestlohn festhalten, bis die bundesweiten Mindestlohnregelungen mindestens dessen Standard erreichen (S. 14);</p>	<p>Für den Mindestlohn eingesetzt und als erstes Bundesland ein Mindestlohngesetz eingeführt (S. 41);</p>	<p>Regelungen für einen eigenen Bremischen Mindestlohn sind entbehrlich da der Bundesmindestlohn (S. 24);</p>	<p>Landesmindestlohn von 10 Euro pro Stunde (S. 25); verstärkte Kontrolle der Umsetzung des Bundesmindestlohnes (S. 26);</p>
<p>Bildung</p>				
<p>Bildungssystem</p>	<p>Gerechtes Bildungssystem – in einem unterschiedlichem Tempo einen höchstmöglichen Abschluss erreichen (S. 15-6); Elternunterstützende Angebote (S. 16); Steigerung der Unterrichtsqualität (S. 16); Gemeinsamer Bildungsplan für den KiTa und für die Grundschule (S. 17); Breites Profilangebot fördern (S.</p>	<p>„Schule für alle“ (S. 26, 27); Weiterentwicklung der Sprachförderung (S. 26); Inklusive Schule (S. 26); Werkschule als Mittel gegen Schulabbrüche (S. 26); Schulreform mit allen Beteiligten fortsetzen (S. 27); Größere Selbstständigkeit für die Schule – eigenes Budget (S. 28); Stärkung der Fortbildung von Lehrkräften (S. 28);</p>	<p>Gerechte Bildungschancen und leistungsorientiertes und vielfältiges Schulsystem (S. 4); Unterrichtsgarantier – Einstellung von Lehrern und Aufstockung der Vertretungsreserve (S. 4); Qualitätsoffensive in Bremer Schulen starten (S. 4); Vielfalt der bremischen Bildungslandschaft unterstützen (S. 5);</p>	<p>Gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderungen (S. 39); „Schule für alle“ (S. 42); Muttersprachlicher Unterricht (S. 44); Inklusion personell und finanziell stärken (S. 45-6); Bildungsausgaben pro Schüler anheben (S. 43); Sprachförderung als durchgehende Aufgabe an allen</p>

	<p>17); Durchgängiges Sprachbildungskonzept (S. 17); Schulische Vorkurse, spezielle Förderung im Regelunterricht und bei der beruflichen Integration für Flüchtlinge und Zuwanderer (S. 17); Muttersprachlichen Unterricht und Mehrsprachigkeit fördern (S. 17); Inklusive Schule (S. 17-18); Politische Bildung und lebenslanges lernen fördern (S. 19); Ausreichende Vertretungsreserve in den Schulen – Vertretungspool (S. 20); Wegfall des Kooperationsverbots (S. 20);</p>	<p>Vielfalt der Bildungslandschaft unterstützen (S. 28); Abschaffung des Kooperationsverbots (S.28);</p>	<p>Differenziertes und gegliedertes Schulsystem (S. 6); Inklusive Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung (S. 7);</p>	<p>Schulen und in allen Jahrgängen (S. 44); Stundenzuweisung, die Situation der Schulen und individuelle Bedarfe der Schüler berücksichtigt (S. 44); Alternative Lernformen und Lehrmittelfreiheit fördern (S. 44); Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung in der Grundschule um ausreichende qualitative und quantitative Versorgung zu erreichen (S. 44); Stundenausstattung der Schulen mit 104% der notwendigen Lehrerstunden (S. 45); Zahl der Unterrichtsstunden pro Lehrkraft senken (S. 45); Oberschule gegenüber der gymnasialen Oberstufe gleichstellen und unterstützen (S. 46); Vorkurse für Quereinsteiger (S. 55);</p>
Ganztagsschulen	<p>Ganztagsangebote erhöhen (S. 17); Angemessene Ausstattung der Schulen mit Sozialarbeitern und Sozialpädagogen (S. 17); Ganztagsangebote mit Jugend-, Kultur- und Sportangeboten verzahnen, um Betreuungslücken und Überschneidungen zu vermeiden (S. 28)</p>	<p>Ausbau von Ganztagsschulen, flächendeckendes Angebot und einheitliche Standards, bessere individuelle Förderung (S. 26)</p>	<p>Ganztagsschulausbau - gebundene Form der Ganztagsschule, Einbindung von Vereinen und Institutionen in die Nachmittagsangebote (S. 4-5);</p>	<p>Ausbau vorantreiben (S. 44); Unterricht und Freizeit über den ganzen Tag verteilen (S. 44);</p>
Frühkindliche	<p>Rahmenbildungsplan entwickeln -</p>	<p>Engere Verzahnung von KiTa</p>	<p>Sprachkompetenz fördern (S.</p>	<p>KiTa und Schule im Verbund zu</p>

Bildung	Bildungsarbeit in Kindergarten und Schule miteinander verknüpfen (S. 24)	und Grundschule, gemeinsamer Bildungsplan für KiTa und Schule (S. 26); Sprach- und Leseförderung verstärken; das Projekt „Bücherkitas“ ausbauen (S. 47); KiTas in sozialen Brennpunkten bekommen zusätzlich Fachkraft für Sprachförderung (S. 47);	5); Verpflichtendes Vorschuljahr für Kinder mit festgestelltem Förderbedarf und frühkindliche Phase mit der Schule enger verzahnen (S. 5);	Familienzentren ausbauen (S. 44); Langfristig kostenlose frühkindliche Bildung für alle angestrebt, kurzfristig Gebühren sozialverträglich ausgestalten (S. 51); Sprachstandserhebungen früh um Förderbedarfe rechtzeitig zu erkennen (S. 51); Ressortübergreifendes Konzept für den Übergang von der KiTa in die Grundschule (S. 55); Sprachförderung konzeptionell und finanziell verstärken (S. 55);
Betreuung				
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Ausreichendes Angebot an Kinderbetreuung (S. 14); Unterstützung der Entwicklung familiengerechter Arbeits- und Arbeitszeitstrukturen (S. 14);	Flexiblere Arbeitszeitmodelle (S. 42); Bedarfsgerechter Ausbau der Angebote für Kinder (S. 44);	Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Elterngeld+, flexible Arbeitszeiten, Flexibilisierung des Betreuungsumfanges und Einstieg soll jederzeit im Kindergartenjahr möglich sein (S. 32);	Anspruch auf Vollzeitplatz für alle Kinder zwischen 0 – 14 Jahren (S. 50); An die Erwerbstätigkeit angepasste Betreuungszeiten (S. 50);
U3 Betreuung	Kindertagesbetreuung der U3 ausweiten, die schlechtere Versorgung in benachteiligten Stadtteilen ausgleichen; Zugang für Familien in schwierigen Lebenslagen erleichtern; Mindestbetreuungszeit einschließlich Mittagsessen von 6 Stunden für die U3 durch Gesetzesänderung (S. 23)	Weiter ausbauen und flexibilisieren (S. 47); Rechtsanspruch für 30 Stunden Betreuung pro Woche ab dem 1 Geburtsjahr (S. 47);	Ausbau der U3 Betreuung, Betreuungsquote auf mindestens 50% in allen Stadtteilen (S. 32);	70% höhere Personalausstattung für KiTas in benachteiligten Stadtteilen (S. 50); Weiterentwicklung hin zu Familienzentren (S. 50);
Betreuung von 3 bis 6 Jährigen	Anzahl der Betreuungsplätze der 3-6 Jährigen steigern, flexiblere	Weiter ausbauen und flexibilisieren (S. 47);	Betreuung 3-6 Jährigen, eine stadtweite Versorgungsquote	

	Betreuungszeiten (S. 24)		von 98% angestrebt (S. 32);	
Soziale Leistungen				
	<p>Einsetzen, dass die Leistungen der GPV erhöht werden und dass der erweiterte Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt wird (S. 24);</p> <p>Einsetzen, dass die Regelsätze nach dem SGB II und SGB XII um einmalig 15% abgehoben werden + regelmäßige gesetzliche Anpassung (S. 24);</p> <p>Einsetzen, dass eine bundesfinanzierte Kindergrundsicherung eingeführt und dass das Betreuungsgeld abgeschafft wird (S. 24);</p> <p>Einsetzen für auskömmliche gesetzliche Mindestrente (S. 24);</p> <p>Kostenlose Verhütungsmittel für Frauen, die Transferleistungen beziehen (S. 28)</p>	<p>Abbau von Sanktionen (S. 43);</p> <p>Bedarfsgerechte Regelsätze für Kinder, Jugendliche und Erwachsene (S. 45);</p> <p>Anpassung der vom JC und vom AfSD akzeptierten Mieten an die marktüblichen Preise (S. 45);</p> <p>Zugang zu Bildung und Teilhabe erleichtern (S. 45);</p> <p>Kostenloses Mittagessen für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen (S. 48);</p> <p>Altersarmut bekämpfen (S. 53);</p>	<p>Pauschalierung von ALG II, KdU und BuT um Verwaltungsaufwand zu reduzieren und Kostenanstieg zu begrenzen (S. 25);</p>	<p>Hartz-Gesetze auf Bundesebene abschaffen und eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung von derzeit 1.050 Euro einführen (S. 7);</p> <p>Sanktionen im SGB II abschaffen (S. 7);</p> <p>Eine deutliche Erhöhung des BAföG und eine Senkung der Zugangshürden (S. 7);</p> <p>Einmalleistungen und Mehrbedarfe ohne Bedingungen anerkennen (S. 8);</p> <p>Energiekosten in tatsächlicher Höhe anerkennen (S. 8);</p> <p>Wohnkosten in tatsächlicher Höhe anerkennen (S. 8);</p> <p>Errichtung eines/einer Sozialleistungsbeauftragten (S. 8);</p> <p>Soziale Staffelung des Rundfunkbeitrages (S. 9);</p> <p>Rentenniveau auf lebensstandardsicherndes Niveau; Rente mit 67 rückgängig (S. 9);</p> <p>Einsetzen für Beendigung der Unterversorgung in der Pflegeversicherung (S. 18);</p> <p>Einsetzen für Rehabilitation vor Erwerbsminderungsrente;</p> <p>Einsetzen für Abschaffung der Abschläge bei der</p>

				<p>Erwerbsminderungsrente (S. 19); Gerichtsgebühren sozial staffeln (S. 24); Anspruch auf Beratungshilfe im Rechtssystem (S. 24); Bildungsprämien und Sanktionsfreiheit für Jugendliche und Azubis im SGB-II Bezug (S. 35); Erhalt und Ausbau der Rentenversicherung (S. 40); Besteuerung der Rente aufgeben (S. 41); Einsetzen für Aufhebung des Leistungsausschlusses von EU-Bürgern (S. 58);</p>
Wohnen				
	<p>Bezahlbare Wohnungen schaffen - Wohnraumförderungsprogramm fortsetzen; Mietpreisbremse (S. 35) Starke, kommunalgeprägte WoBaGe: Engagement in sozial benachteiligten Quartieren (S. 36)</p>	<p>Wohnraumförderungsprogramm fortsetzen (S. 5); Flexible Nutzungsmöglichkeiten vom Wohnraum (S. 6); GEWOBA weiterhin in öffentlicher Hand; Ankauf der Grohner Düne (S. 8); Umsetzung der Mietpreisbremse bei Neu- und Wiedervertragsmieten (S. 45); Ausreichend Sozialmietwohnungen für einkommensschwache Menschen (S. 46);</p>	<p>Junge Menschen und Familien gewinnen – Quote von 25% für Familien (S. 42);</p>	<p>Bestand an Wohnraum in kommunaler Hand erhöhen; Rückkauf von Beständen; „Sondervermögen Wohnen“ einrichten (S. 11); Befristung bei Sozialbindungen aufheben; neue Sozialbindungen ankaufen (S. 12); Erhöhung der Zahl der Wohnungen für Menschen in Wohnungsnot (S. 12); Wohnungen bauen – Wohnungsbauprogramm aufstellen und städtische Wohnungsvermittlung (S. 57);</p>
Soziale Stadtentwicklung				
	<p>Soziale Spaltung bekämpfen durch eine Politik der sozialen</p>	<p>Ausbau von Quartierbildungs- bzw. Familienzentren (S. 26);</p>	<p>Ganzheitliches Konzept für Stadtteile mit</p>	<p>Ausreichende finanzielle Mittel und mehr Personal für den</p>

	<p>Stadtentwicklung (S. 25); „LOS“, „WiN“ und „Soziale Stadt“ fortführen (S. 37); „Impuls-Programm“ überarbeiten und an der Reduzierung von sozialer Spaltung ausrichten (S. 37); Arbeitsförderung mit sinnvollen Aufgaben im Quartier verknüpfen (S. 37); Mütter-, Familien- und Bildungszentren weiterentwickeln (S. 37)</p>	<p>Stärkung von WiN und Soziale Stadt (S. 45);</p>	<p>überproportionaler Arbeitslosenquote (S. 43);</p>	<p>Ausbau der sozialen Infrastruktur (S. 6); Eine bedarfsgerechte Erhöhung des Globalmittelrats der Stadtteilbeiräte (S. 7); WiN, Soziale Stadt und LOS aufstocken; größerer Teil der Mittel der Städtebauförderung und vom EFRE für Entwicklung von Stadtteilen mit sozialen Herausforderungen; der Verteilungsschlüssel soll neben Bhv auch Bremen-Nord mit einem festen Anteil berücksichtigen (S. 15); Stiftung Wohnliche Stadt ausfinanzieren; eine öffentliche Stiftung für den sozialen Zusammenhalt einrichten (S. 15);</p>
Mobilität				
	<p>Stadtticket ausbauen (S. 39)</p>	<p>Stadtticket weiterentwickeln (S. 11)</p>	<p>-</p>	<p>Günstigeres Stadtticket; perspektivisch ticketfreier öffentlicher Nahverkehr angestrebt (S. 9);</p>

ⁱ „Leben, arbeiten, lernen, wohnen ... in Bremen und Bremerhaven“, Regierungsprogramm 2015-2019, Entwurf. Am 07.03. ist der Parteitag, auf welchem das endgültige Programm verbabschiedet werden soll.

ⁱⁱ Wahlprogramm 2015, beschlossen am 26.11.2014.

ⁱⁱⁱ „Neues Vertrauen in Bremerhaven und Bremen“, Entwurf, Stand 12.01.2015. Der Parteitag fand bereits am 24.02. statt. Allerdings das endgültige Programm war noch nicht verfügbar.

^{iv} Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2015, beschlossen am 21.12.2014.